

DIE LINKE  
Bundesgeschäftsstelle

**DIE LINKE.**

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mother Hood e. V.  
Villenstraße 6  
53129 Bonn

Wahlprüfsteine  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Postanschrift:  
Postfach 21 100, 10178 Berlin  
Mail: [wahlpruefsteine@die-linke.de](mailto:wahlpruefsteine@die-linke.de)  
Web: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)  
Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 13 22 57 31  
BLZ 100 500 00  
IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731  
BIC: BELADEV3333

## **DIE LINKE Antwort Wahlprüfsteine**

Berlin, den 13.8.2021

Katharina Desery  
E-Mail: [vorstand@mother-hood.de](mailto:vorstand@mother-hood.de)  
Telefon: 1637274735

### **1. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um den hohen zeitlichen und personellen Aufwand einer familienzentrierten Geburtshilfe finanzierbar zu gestalten und wie können Personalkosten bedarfsgerecht und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden?**

Die klinische Geburtshilfe befindet sich in einem sehr angespannten Zustand, unter dem Beschäftigte, Schwangere und Neugeborene leiden. Hauptursache hierfür sind der Sparzwang in den Kliniken und das fehlgeleitete Finanzierungssystem der Fallpauschalen (DRG). Dieses System wollen wir abschaffen und durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzen. Wir unterstützen die Forderung des Hebammenverbandes nach einem Geburtshilfestärkungsgesetz mit dem Ziel einer Eins-zu-eins-Betreuung während der Geburt. Die Kosten für den laufenden Betrieb in den Geburtshilfeabteilungen müssen von den Krankenkassen so finanziert werden, dass diese Abteilungen ihre Vorhaltekosten decken und die Hebammen bei gutem Stellenschlüssel leistungsgerecht bezahlen können.

### **2. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Weiterentwicklung von evidenzbasierten Qualitätskriterien für die Geburtshilfe voranzubringen (z. B. durch Auftrag an den Gemeinsamen Bundesausschuss)?**

Forschung und Wissenschaft, sowie deren Umsetzung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ist der LINKEN sehr wichtig. Geburtshilfe hat in Deutschland viele Gesichter und nicht immer ist es für Schwangere klar einzusehen, welchen Versorgungsstandard sie wo erwarten können. Eine Qualitätsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses würde hier sehr helfen.

Um Aussagen über die Qualität der Geburtshilfe treffen zu können, müssen Geburtsschäden und Müttersterbefälle nach Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation erfasst und zentral aufgearbeitet werden.

### **3. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Datenerfassung/ Auswertung von Geburtsschäden?**

Wir fordern eine verpflichtende Datenerfassung für die klinische und außerklinische Geburtshilfe. Ein Register zu Geburtsschäden und Müttersterblichkeit könnte wichtige Daten zur Weiterentwicklung der Geburtshilfe und auch direkte Information für Schwangere und Hebammen über die Sicherheit verschiedener Geburtspraktiken liefern.

### **4. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um Geburtsschäden angemessen abzusichern, zum Beispiel durch die Neuregelung der Haftpflichtsituation in der Geburtshilfe?**

Wir wollen einen öffentlichen Haftungsfonds, um Hebammen unabhängig von privaten Versicherungen zu machen.

### **5. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Umsetzung der sog. "Istanbul-Konvention" zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Bezug auf Gewalterfahrungen während der Geburt? Erkennt Ihre Partei Gewalt in der Geburtshilfe als Gewalt gegen Frauen an?**

Ja. Gewalt in der Geburtshilfe ist ein weit verbreitetes Problem, das vereinzelt auf fehlender Prioritätensetzung gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht Gebärender fußt. Zum größten Teil könnte das Problem jedoch beseitigt oder stark gelindert werden, wenn die Betreuungssituation und damit der Zeitdruck unter den Hebammen und Ärzt\*innen stehen verbessert würde. Um das zu erreichen schaffen wir die Fallpauschalen ab und streben ein bedarfsgerecht ausfinanziertes Gesundheitswesen an. Auf eine in Vollzeit tätige Hebamme sollten etwa 30 Geburten pro Jahr fallen, das ermöglicht eine ein-zu-eins Betreuung. In einer so gestalteten Geburtshilfesystem würde viele als gewaltvoll empfundene Situationen gar nicht erst entstehen. Gewalt in der Geburtshilfe ist somit ein Beispiel für systemische Gewalt gegen Frauen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention als Ganze ist eines unserer zentralen frauenpolitischen Anliegen.

### **6. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, damit die Versorgung von Familien mit geburtshilflichen Angeboten an ihren Bedürfnissen bedarfsgerecht und wohnortnah gestaltet werden kann? Inwieweit fördert Ihre Partei sektorenübergreifende Versorgungsmodelle von klinischen und außerklinischen Angeboten?**

Der gesamte Sorge- und Pflegesektor soll finanziell und gesellschaftlich aufgewertet werden. Eine Wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist enorm wichtig, daher steht die LINKE gegen die Schließung von Kliniken aus rein wirtschaftlicher Motivation. Gesundheit und die Versorgung von Familien ist kein Profitgut, sondern ein grundlegendes Recht in unserer Gesellschaft. Hierzu ist die Verzahnung von klinischen und außerklinischen Angeboten wichtig. Bspw. Soll die Betreuung im Wochenbett nicht nur durch Hebammen, sondern auch durch Mütterpflegerinnen und Haushaltshilfen erleichtert werden.

**7. Schwangere haben Anspruch auf Schwangerenvorsorge von Hebamme und Gynäkolog:in (SGB V, Art. 1.). Die Mutterschaftsrichtlinien können jedoch dagegen interpretiert werden. Gynäkolog:innen lehnen Frauen in Hebammenbetreuung ab. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um diese Normenkollision zu beheben?**

DIE LINKE steht zum Recht jeder Schwangeren, Hebammenversorgung in Anspruch zu nehmen, und will die von Ihnen angesprochen Normenkollision beheben. Hebammen können erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere und die Schwangerenvor- und -nachsorge sein – wie in den Niederlanden. Hebammen sind die begleitenden und betreuenden Fachkräfte bei der Geburt. Wir unterstützen die Forderung des Hebammenverbandes nach einem Geburtshilfestärkungsgesetz mit dem Ziel einer Eins-zu-eins-Betreuung während der Geburt.

**8. Welche Maßnahmen ergreift ihre Partei, um in künftigen Pandemieplänen die Bedarfe und Bedürfnisse von Familien während Schwangerschaft, Geburt und früher Kindheit zu berücksichtigen, etwa bei Maßnahmen im internen Krankenhausmanagement?**

Gerade in Krisen ist es wichtig, die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Gesundheitsbedarfe von Frauen und Männern zu berücksichtigen und Frauen gleichermaßen auf Entscheidungsebenen zu beteiligen. Geschlechtergerechtes Entscheidungsmanagement wurde in der Vergangenheit meist versäumt. Eine Analyse der Konjunkturpakete I und II im Rahmen der Corona-Krisenbewältigung 2020 zeigt, dass viele der darin getroffenen Maßnahmen gleichstellungspolitisch sogar negative Effekte hatten. Diese Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Bund und Länder müssen sicherstellen, dass Frauen in öffentlichen Krisenstäben und anderen relevanten Entscheidungsgremien gleichermaßen beteiligt und die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Finanzielle Hilfsmaßnahmen sind daraufhin zu prüfen, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen (Gender Budgeting).